

«Wir brauchen Abermilliarden Dollars»

BERN. Am Samstag wird der Südsudan seine Unabhängigkeit ausrufen und zum 54. Staat Afrikas werden. Der Südsudanese Jok Madut Jok, Professor für Afrikastudien, erklärt die zahlreichen Herausforderungen, mit denen der neue Staat konfrontiert ist.

INTERVIEW: PHILIPP HUFSCHMID

Am Samstag wird sich der Südsudan für unabhängig erklären. Was für Feiern sind geplant?

Jok Madut Jok: In Dschuba, der Hauptstadt des Südsudans, herrscht schon seit Tagen Feststimmung. Der Schauplatz für die Ausrufung der Unabhängigkeit am 9. Juli mit dem Pavillon für die Staatsoberhäupter und lokalen Würdenträger wurde ebenso aufgebaut wie die Bühne, auf der Präsident Salva Kiir die sudanesischen Flagge einholen und die neue Nationalflagge hissen wird. Neben dieser offiziellen Zeremonie wird es eine Militärparade, einen Kinderumzug und eine Reihe von kulturellen Veranstaltungen geben, an denen traditionelle Tänze und Gesänge aufgeführt werden. Dies soll die multikulturelle Vielfalt des Landes spiegeln. Und natürlich gibt es unzählige private Partys.



Sie haben von der Regierung den Auftrag erhalten, unter den 67 im Südsudan lebenden Ethnien ein Gefühl der nationalen Zusammengehörigkeit zu wecken. Wie wollen Sie das anstellen? Zunächst einmal mit Symbolen der Staatlichkeit wie der Nationalhymne, der Staatsflagge, der Währung, des Kriegsdenkmals etc., zu denen alle Südsudanesen einen Bezug haben. Daneben braucht es aber auch andere Symbole wie beispielsweise die Darstellung des Brauchtums aller Ethnien auf nationaler Ebene entweder in den Medien oder mittels kultureller Projekte. Ein Projekt des Kulturministeriums ist die Schaffung von Kulturzentren in allen Hauptstädten der zehn Bundesstaaten. Sie werden alle über eine Bühne für Konzerte und andere Aufführungen verfügen und allen Ethnien für Gesang, Tanz und Geschichtenerzählungen offenstehen, weil Afrikaner ihrer Geschichte und Kultur primär auf darstellende Weise gedenken und nicht in Museen. Das Ziel ist, dass sich die Südsudanesen zuerst als Bürger eines Staates und erst an zweiter Stelle als Mitglieder eines Stammes oder einer Ethnie fühlen sollen.

Was sind die grössten inneren Bedrohungen für die Stabilität?

Unser Land ruht auf vier Säulen, aber diese sind derzeit nicht sehr stabil. Die erste Säule ist das politische Zusammengehörigkeitsgefühl, das bisher auf dem gemeinsamen Unabhängigkeitskampf gründete. Jetzt gibt es einen internen Konkurrenzkampf. Die zweite Säule ist eine disziplinierte und professionelle Armee. Heute setzt sich die Armee aus Rebellengruppen zusammen. Eine grosse Herausforderung wird sein, daraus eine effiziente Armee zu schaffen, die das Land gegen ausländische Aggressoren schützen kann, aber zugleich die Rechte und Freiheiten der Bürger achtet.

Was sind die anderen beiden Säulen?

Die dritte Säule ist ein gut funktionierender Staatsapparat. Voraussetzung dafür sind verantwortungsvolle Beamte, Kampf gegen Korruption, Abschied

von Vetternwirtschaft und ein Entwicklungsplan der auf unseren Prioritäten beruht. Der Südsudan ist – vielleicht mit Ausnahme Somalias – das weltweit meistzerstörte Land seit dem Zweiten Weltkrieg. Wir haben massiven Bedarf im Infrastrukturbereich, um etwa die Hauptstädte der Bundes-

staaten mit Strassen zu verbinden. Der Südsudan ist ein riesiges Land, so gross wie Kenia, Uganda, Ruanda und Burundi zusammen, aber mit lediglich gut 60 Kilometern asphaltierter Strassen. Wir brauchen Abermilliarden von Dollars, um alle Dörfer ans Elektrizitätsnetz anzuschliessen, das Bildungs- und Gesundheitswesen wiederzubeleben

Jok Madut Jok

und für Sicherheit zu sorgen. Zugleich sind die Erwartungen der Bevölkerung diesbezüglich riesig. Die letzte Säule ist eine starke Zivilgesellschaft, die für eine demokratische und offene Gesellschaft bürgt. Derzeit ist die Zivilgesellschaft nicht so stark, wie sie sein sollte.

Wie will die Regierung die Wirtschaft fördern?

Gegenwärtig ist die Regierung der grösste Arbeitgeber des Landes, was kein Zeichen für eine gesunde Wirtschaft ist. Die Herausforderung ist, einen starken Privatsektor aufzubauen. Behindert wird das derzeit durch fehlenden Zugang zu Krediten. Der Grund dafür sind ein ineffizientes Bankensystem und fehlende Kenntnisse der Menschen, wie Geschäfte betrieben werden, denn über 70 Prozent der Bevölkerung sind Analphabeten.

Garantiert die Verfassung die Menschenrechte und gleiche Rechte für Mann und Frau sowie Minderheiten?

Die Menschenrechte und die Gleichberechtigung von Mann und Frau und

von Minderheiten sind explizit festgehalten. Zudem haben wir Förderprogramme für die Anstellung von Frauen. Laut Verfassung müssen Frauen mindestens 25 Prozent der Parlamentssitze und der Posten in Behörden innehaben. Natürlich ist jede Verfassung nur so gut wie ihre Umsetzung.

Viele der Streitpunkte zwischen dem Nord- und Südsudan wie die Verteilung der Öleinnahmen oder die umstrittenen Grenzen sind noch ungeklärt. Werden hier rasch Lösungen gefunden?

Einige der Streitfragen werden bald gelöst werden, andere wie etwa das Problem der umstrittenen Grenzverläufe oder die Frage der Staatsangehörigkeit werden uns wohl noch Jahre beschäftigen. Besonders heikel sind die umstrittenen Grenzen, die leicht einen Krieg zwischen Nord und Süd auslösen könnten. Das Gute ist, dass sich beide Parteien der gemeinsamen Interessen bewusst sind, vor allem hinsichtlich der Schaffung von durchlässigen Grenzen, damit Handelsnetzwerke weiterbestehen können. In Bezug auf die Öleinnahmen ist der Süden möglicherweise sogar bereit, auf einen Prozentsatz seines Anteils zu verzichten, um so Frieden und Stabilität zu kaufen. Weiter hat der Süden vorgeschlagen, den Norden für den Staatsbesitz im Süden und die vollständige Übernahme der Staatsschuld von gegenwärtig 40 Milliarden Dollar mit einer einmaligen Zahlung zu entschädigen.

Zur Aussenpolitik: Was sind die Pläne der Regierung in Bezug auf die Beziehungen zu den Nachbarstaaten und die Mitgliedschaft in internationalen Organisationen?

Zunächst hoffen wir, dass die Staaten weltweit – insbesondere unsere Nachbarstaaten – unsere Unabhängigkeit umgehend anerkennen werden. Die Regierung in Khartoum hat uns zugesichert, als erstes Land den Südsudan anzuerkennen. Auch die Vereinigten Staaten, die Europäische Union und China haben die Anerkennung zugesichert. Danach werden wir uns um die Mitgliedschaft in der Uno bewerben, um das 193. Uno-Mitglied zu werden. Schliesslich werden wir uns um die Aufnahme in die Afrikanische Union, die Organisation Gemeinsamer Markt für das östliche und südliche Afrika (Comesa) und die Ostafrikanische Gemeinschaft bemühen.

Jok Madut Jok ist Professor für Afrikastudien an der Loyola-Marymount-Universität in Kalifornien. Er ist als Unterstaatssekretär ins Kulturministerium des Südsudans berufen worden.



Eine Gruppe probt für ihren Auftritt an der Unabhängigkeitsfeier in der südsudanesischen Hauptstadt Dschuba. Bild: key

Sogar die Schweizerische Nationalbank engagiert sich für Sudan

Dass der Südsudan seine Unabhängigkeit mit dem Einverständnis des Nordens ausrufen kann, ist das Ergebnis eines langen politischen Prozesses, an dem die Schweiz massgeblich beteiligt war. Botschafter Michael Winzap, Sonderbeauftragter für den Sudan und das Horn von Afrika, erläuterte kürzlich an einer Konferenz der Friedensstiftung Swispeace in Bern das Engagement der Schweiz im Sudan seit Beginn der humanitären Hilfe im Jahr 1989. Winzap betonte die Bedeutung des Waffenstillstandsabkommens für die im sudanesischen Bürgerkrieg umkämpften Nuba-Berge, das unter Schweizer Vermittlung 2002 auf dem Bürgenstock unterzeichnet wurde. Das Abkommen habe den Weg für den sogenannten Naivasha-Friedensprozess geebnet, der 2005 in die Unterzeichnung des Umfassenden Friedensabkommens (Comprehensive Peace Agreement, CPA) zwischen der Regierung

in Khartoum und dem Sudan People's Liberation Movement (SPLM) mündete. Auch am Entwurf für das CPA habe ein Schweizer Mediations- und Verfassungsexperte mitgearbeitet.

Zustande gekommen ist das Engagement der Schweiz im Sudan übrigens eher zufällig. Der Schweizer Diplomat Josef Bucher hatte in den 90er-Jahren als Geschäftsträger in Libyen beziehungsweise als Botschafter in Kenia Kontakte zur sudanesischen Regierung und zum SPLM geknüpft, was zu einer Anfrage an die Schweiz führte, zwischen den Konfliktparteien zu vermitteln.

Workshop der Nationalbank

Das Engagement der Schweiz im Sudan geht aber weit über diplomatische Vermittlungsdienste und humanitäre Hilfe hinaus, wie Winzap erläuterte. Im Zusammenhang mit der Schaffung einer Zentralbank im Südsudan sei man von Dschuba kontaktiert wor-

den. Dabei sei es um Fragen rund um die Einführung einer neuen Währung im Südsudan gegangen. Das Eidgenössische Departement für auswärtige Angelegenheiten (EDA) habe daraufhin zusammen mit der Schweizerischen Nationalbank in Zürich einen Workshop organisiert, an dem sich Experten aus dem Sudan mit den früheren Zentralbank-Gouverneuren von Serbien, Montenegro und Bosnien sowie mit Experten des IWF und der Weltbank austauschen konnten, die Erfahrung mit der Einführung einer neuen Währung sowie mit der Ausarbeitung von Zentralbankgesetzen haben. Parallel beantragte der Norden Know-how im Bereich Entscheidung, worauf die Schweiz ebenfalls Spezialisten in diesem Bereich nach Khartoum entsandte.

Auch das VBS ist aktiv

Mit einem Pilotprojekt für Reformen im Sicherheitssektor ist auch das

Verteidigungsdepartement (VBS) – in Zusammenarbeit mit dem EDA – im Südsudan aktiv. Im Vordergrund stehen laut Winzap die Unterstützung beim Umbau der sudanesischen Volksbefreiungsarmee in die reguläre Südsudanesischen Armee, die Förderung der demokratischen Kontrolle der Streitkräfte und die Vermittlung der Grundsätze des humanitären Völkerrechts und des Kriegsvölkerrechts. Zudem haben VBS-Experten am Ausbildungsprogramm für die im Aufbau begriffene «John Garang Memorial Military Academy» der südsudanesischen Armee mitgearbeitet.

Inspirierender Föderalismus

Unterstützung leistet die Schweiz schliesslich bei der Förderung von demokratischen Staatsstrukturen. «Der schweizerische Föderalismus kann eine Inspirationsquelle für andere Länder sein», erklärte Winzap. Kürzlich habe sich ein enger Bera-

ter des sudanesischen Präsidenten Omar al-Bashir in Bern vom EDA über Verfassungsgebungsprozesse, Föderalismus, Dezentralisierung und Wahlsysteme informieren lassen. Im Südsudan setzt das EDA das Projekt «Councils of Traditional Leaders» um, bei dem es darum geht, traditionelle Entscheidungsträger in die sich im Aufbau befindenden modernen Staatsstrukturen zu integrieren.

Über 70 Millionen 2010

Die Kosten für das Schweizer Engagement im Sudan im Jahr 2010 bezifferte Winzap auf über 70 Millionen Franken. Die Hauptausgabeposten sind der – für die Schweiz als Uno-Mitglied obligatorische – Beitrag an die Friedenserhaltenden Missionen der Uno (53 Millionen Franken), die humanitäre Hilfe (14,6), das Büro des Sonderbeauftragten für den Sudan (1,5) und das Projekt des VBS (1,5).

PHILIPP HUFSCHMID